

## Neue Vorschläge der DKP zur besseren ärztlichen Versorgung

In Mörfelden/Walldorf wohnen nahezu 30.000 Menschen. Es gibt im Stadtgebiet von Mörfelden sechs Praktische Ärzte, aber keinen Facharzt. Es ist abzusehen, daß einige ältere Ärzte im Laufe der kommenden Jahre ihre Praxis aufgeben werden. In Walldorf arbeiten neben sieben praktischen Ärzten drei Fachärzte. In Mörfelden bestehen vier, in Walldorf sechs Zahnarztpraxen.

In Mörfelden gibt es zirka 3.000 Arbeitsplätze, davon 1.000 allein im Industriegebiet. In Walldorf sehen die Zahlen ähnlich aus.

Entgegen den gesetzlichen Bestimmungen gibt es keine werksärztliche Überwachung und Betreuung.

Eine zeitgemäße ärztliche Versorgung ist in Mörfelden und Walldorf noch immer nicht gewährleistet.

Noch immer fehlen die Fachärzte, wer einen der dringend benötigten Fachärzte für Frauen-, Kinder-, Augen-, Hals-Nasen-Ohrenheilkunde oder für innere Medizin oder auch Urologie aufsuchen muß, der muß den für einen Kranken oft mehr als beschwerlichen Weg nach Frankfurt oder in eine andere Stadt in Kauf nehmen.

In den vorhandenen Arztpraxen gibt es nach wie vor lange Wartezeiten.

Eine zeitgemäße Versorgung der Patienten wird auch durch die ständige Überbeanspruchung unserer Ärzte und die eingeschränkten diagnostischen Möglichkeiten einer Allgemeinpraxis verhindert.

In Mörfelden wird eine erste aber wirkungsvolle Verbesserung durch den von der DKP angeregten Bau eines Ärztehauses eintreten.

Viele unserer Forderungen können jetzt verwirklicht werden.

1. Der Neubau des Ärztehauses muß so angelegt sein, daß eine Erweiterung schon heute berücksichtigt wird.

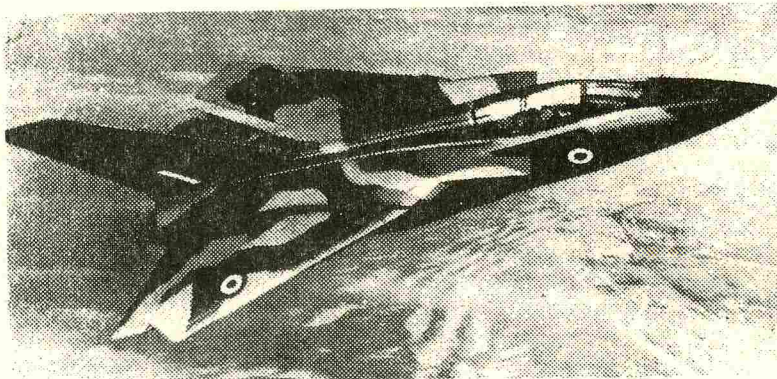
In Mörfelden/Walldorf müssen die Richtwerte ein Facharzt je 3.000 Einwohner und ein Zahnarzt je 2.500 Einwohner verwirklicht werden, wie sie für den Raum Starkenburg ausgewiesen sind.

2. Wir setzen uns dafür ein, daß im Ärztehaus Apparate und Laboreinrichtungen auch von den Ärzten, die nicht selbst im Ärztehaus praktizieren, genutzt werden können.

3. Die ärztlichen Bereitschaftsdienste müssen verbessert werden. Wir fordern deshalb, daß die sich im Ärztehaus neu niederlassenden Ärzte verpflichtet werden, am Bereitschaftsdienst teilzunehmen.

4. Wir fordern, daß im Ärztehaus fortschrittliche Methoden bei der ärztlichen Zusammenarbeit Einzug halten:

- gemeinsame Nutzung technischer und medizinischer Einrichtungen;
- eine gemeinsame, standardisierte Kartei mit einer gemeinsamen Diktatanlage;
- ständige direkte Konsultationen der ansässigen Ärzte und Austausch von Befunden;
- eine vertragliche Absprache mit dem Kreiskrankenhaus Groß-Gerau über den Austausch von Ärzten zur besseren Zusammenarbeit und Weiterbildung.



Der MRCA-Kampfbomber „Tornado“, ist das teuerste Kriegsflugzeug der Welt. Endpreis 82 Millionen DM pro Stück. Bei 322 Maschinen, die Minister Leber kriegen soll, sind das 26,404 Milliarden DM. Für den gleichen Betrag könnte man 200 komplett ausgestattete Schulzentren, 100 hochmoderne Krankenhäuser und außerdem noch 130.000 Sozialwohnungen bauen. Für ein Fünftel der Kosten dieses Bombers könnte man die gesamte Umgehungsstraße in Mörfelden bauen.

Über 47,5 Milliarden DM für die Rüstung werden im Jahre 1976 von der Bundesregierung verpulvert. Das sind 28,3 Prozent aller Staatsfinanzen – also jede dritte Mark. Für die Bevölkerung unseres Landes bedeutet das: Jeder Bundesbürger – ob Mann oder Frau, Kind oder Rentner – zahlt pro Jahr mehr als 600 DM für die Rüstung!



5. Am Ärztehaus sollten bestehen:
- Eine Gemeindefrankenkassenstation;
  - eine medizinische Sozialberatung, u.a. wären hier regelmäßige Sprechstunden durchzuführen, für Familienplanung und zur Schwangerschaftsunterbrechung entsprechend der Neufassung des Paragraphen 218. Hierzu wäre die geregelte Mitarbeit eines Psychologen und eines Sozialarbeiters nötig.
  - spezielle Diabetiker-Sprechstunden zur besseren Betreuung der oft älteren Zuckerkranken;
  - spezielle Sprechstunden für Vorsorge-Untersuchungen, Schwangerschaftsberatung, Geschwulstberatung.
  - Eine Abteilung für Heilgymnastik, Massage, Bäder, Inhalationen und andere physikalische Anwendungen.

6. Unbedingt nötig ist endlich die im Arbeitssicherungsgesetz versprochene werksärztliche Betreuung der Werkstätigen zu verwirklichen.

Wir fordern ein überbetriebliches werksärztliches Zentrum und den Einsatz von Sicherheitsfachleuten in enger Zusammenarbeit mit dem Ärztehaus.

7. Für die Ansiedlung weiterer Ärzte und Zahnärzte muß weiter geworben werden. In Mörfelden könnte das leerstehende alte Rathaus für eine zahnärztliche Gruppenpraxis o.ä. zur Verfügung gestellt werden.

8. Sowohl in Mörfelden als auch in Walldorf ist je ein zahnärztlicher Notdienst und je ein Apotheken-Notdienst am Wochenende einzurichten.

9. Die Aufforderung des Sozialministeriums, Notarztwagen einzusetzen, muß verwirklicht werden.  
Wir fordern umgehend die Einrichtung eines Notarztwagen-Dienstes. Hierzu muß der Kreis weitere Planstellen am Kreiskrankenhaus Groß-Gerau einrichten, wo der Notarztwagen stationiert werden müßte.

10. Die Versorgung im stationären Bereich liegt auch im argen, wir fordern deshalb für das Kreiskrankenhaus Groß-Gerau:

- Den Bau der seit fünf Jahren geplanten und bis heute verzögerten Intensivstation.
- Eine Erweiterung um vorerst 120 Betten, davon 50 Nachsorge- und Langliegerbetten.
- Eine Renovierung des Kreiskrankenhauses nach Gesichtspunkten der Krankenhaushygiene. ■

# DKP gewann in Hessen 5224 Stimmen dazu

In fast allen Wahlkreisen unseres Landes konnte die DKP Stimmengewinne verbuchen. An Erststimmen erzielte die hessische DKP 22.149 im Vergleich zu 16.925 Stimmen vor vier Jahren. Das ist ein Zuwachs von 5.224 Stimmen. Für uns ist besonders wichtig, daß wir in Mörfelden und Walldorf an Stimmen zugenommen haben. In Walldorf werden die Kommunisten gemeinsam mit Mörfelden bei der kommenden Kommunalwahl erstmals seit Jahren wieder die undemokratische Fünf-Prozent-Klausel überspringen.

Die Wähler, die sich diesmal für die DKP entschieden, haben ihren Stimmen ein ganz besonderes Gewicht gegeben. Das sind Stimmen, die trotz des verstärkten Antikommunismus, der von allen Seiten gegen die DKP gerichtet wurde, aus einer klaren Überlegung abgegeben wurden: Nur die DKP vertritt eine grundlegende Alternative zu allen anderen Parteien. Das sind auch deshalb Stimmen von besonderem Gewicht, weil sie angesichts der undemokratischen Fünf-Prozent-Klausel gegeben wurden. Wäre diese nicht gewesen, so hätten viel mehr Wähler ihrer Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien durch die Wahl der DKP Ausdruck verliehen. Wir bedanken uns bei allen unseren Wählern recht herzlich.

In Hessen konnte die CDU des Scharfmachers Dregger einen großen Stimmenanteil erzielen. Das wurde ihr erleichtert durch eine Politik der SPD-geführten Landesregierung, die gerade in der wirtschaftlichen Krise nicht den arbeitenden Menschen den Vorrang gab, sondern dem großen Kapital. Die Verstrickung führender SPD-Politiker in Geld- und Spenden-Affären, die noch am Wahltag zum Rücktritt des SPD-Ministerpräsidenten Osswald führte, konnte die CDU zusätzlich für sich nutzen. Zugleich leiteten führende SPD-Politiker Wasser auf die Mühlen des Antikommunismus durch die rigorose Anwendung der undemokratischen Berufsverbote.

## Schon heute an morgen denken

Die DKP wird ihren Kampf für die Unterstützung der arbeitenden Bevölkerung konsequent und beharrlich fortsetzen. So haben wir bereits jetzt mit der Vorbereitung der Kommunalwahl

begonnen. Ein gemeinsames Wahlprogramm der Walldorfer und Mörfelder Kommunisten ist verabschiedet, die Kandidaten sind nominiert. Das Bundestagswahlergebnis ist eine gute Basis für die Erweiterung des Einflusses der Deutschen Kommunistischen Partei. Schon heute rufen wir alle Menschen, die eine unbestechliche Interessenvertretung im Kreistag und im Stadtparlament wollen, dazu auf, sich mit den Forderungen und Vorschlägen der DKP vertraut zu machen. Wer sich bei diesen Bundestagswahlen noch nicht getraute, DKP zu wählen, wer befürchtete, seine Stimme werde verloren sein, wer meinte, angesichts der Dregger-Propaganda lieber das „kleinere Übel“ SPD wählen zu sollen – der kann im kommenden März etwas Besseres mit seiner Stimme machen: Die Deutsche Kommunistische Partei und ihre Kandidaten wählen.



## Überfüllter Saal bei Degenhardt-Veranstaltung

Vor der Bundestagswahl sprach Verteidigungsminister Leber vor einem spärlich besetzten Saal in Mörfelden. Als DKP-Kandidat Josef Knöchel in der Diskussion sprach, meinte Leber: „Ich verstehe ja, daß sie unsere Versammlung ausnutzen, denn die DKP kriegt ja keine Leute in den Saal.“

Leber irrte gründlich: Bei der DKP-Veranstaltung mit Franz-Josef Degenhardt wurden 530, vorwiegend junge Besucher, gezählt. Ein begeisterter Abend mit einem großen Künstler.

Unser Bild: DKP-Kreisvorsitzender Rudi Hechler und der Mörfelder DKP-Vorsitzende Ernst-Knöb überreichen Blumen und das Buch „Die Stadtfarbe ist rot!“

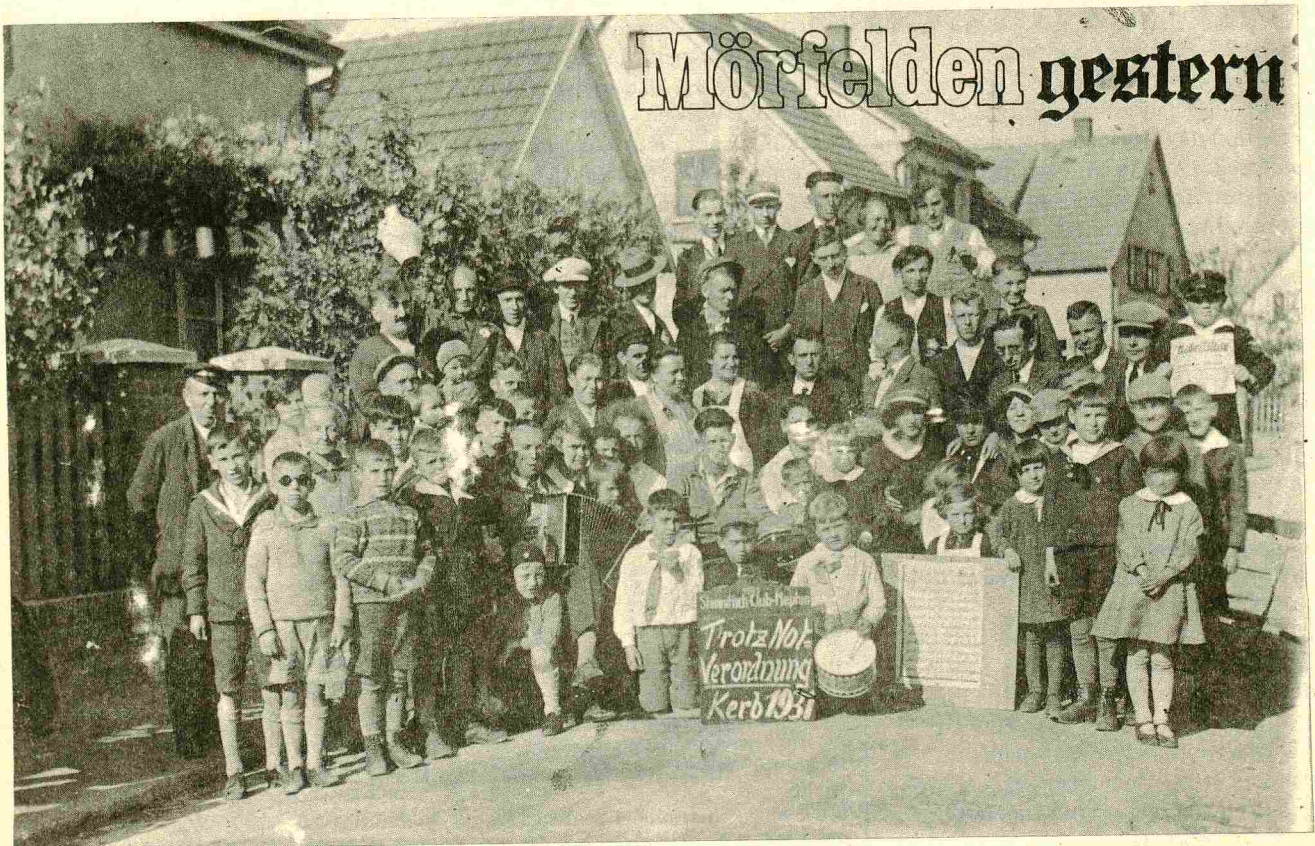


Einen alten Brauch pflegten die Mörfelder „Kerweborsche“, die die diesjährige „Merfeller Kerb“ wie vor 50 Jahren feierten.

Mit einem Traktor, an dessen Seiten die diesjährige Losung der Kerweborsche „Die Merfeller Kerb bleibt!“ zu lesen war, fuhr man am Kerwe-Samstag in den Schlichter Wald, wo Revierförster Schnell zusammen mit den „Kerweborsche“ einen Baum aussuchte.

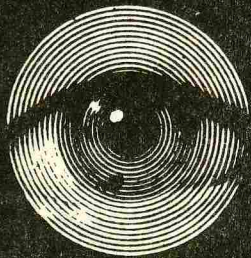
Am Nachmittag wurde dann die 19 Meter hohe Fichte in Anwesenheit von zahlreichen Bürgern vor dem „Kerwepalast“ Jägerstubb aufgestellt.

Danach bestieg der „Kerwevatter“ Gerd Schulmeyer (links) das Dach der Wirtschaft und verlas den Kerwespruch 1976.



Die „Merfeller Kerb“, die wir jetzt gerade hinter uns haben, wird schon lange gefeiert. Das zeigt unser heutiges Bild von der Kerb 1931. Das Foto ist vor der ehemaligen Gaststätte „Zum Anker“ (Kuli), gegenüber der „Jägerstubb“ (dem diesjährigen „Kerwe-Palast“) aufgenommen. „Trotz Notverordnung – Kerb“. Das war ein optimistisches Motto. Die Notverordnung vom 5. Juni 1931 brachte eine Kürzung der Gehälter, eine Herabsetzung der Renten und der Unterstützungssätze für Arbeitslose mit sich. Bei der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 wurde die Herabsetzung der Unterstützungsdauer für Erwerbslose von 26 auf 20 Wochen verordnet. Dieses Bild und viele andere historische Aufnahmen von der „Merfeller Kerb“ finden wir im Buch „Die Stadtfarbe ist rot!“

## BLICKPUNKT KOMMUNAL



# Neue Initiativen der DKP-Fraktion

Im Mai des Jahres besuchte die DKP-Fraktion das Mörfelder Altenwohnheim und stellte bei Gesprächen mit Bewohnern fest, daß einige Probleme dort anstehen. Im „blickpunkt“ Nr. 65 berichteten wir bereits darüber.

Eine Anfrage der DKP-Fraktion an den Magistrat betraf die nichtbesetzte Hausmeisterwohnung. Es wurde festgestellt, daß von den älteren Bürgern in dringenden Fällen, auch während der Nacht, trotz vorhandener Notrufanlagen, keine Hilfe herbeigerufen werden kann. Mit dem Antrag an die Stadtverordnetenversammlung, einen Gemeinschaftsraum betreffend, entsprach die DKP dem Wunsch vieler Bewohner des Altenwohnheimes.

Der Magistrat reagierte positiv und beabsichtigte inzwischen mit der Leiterin des Sozialamtes diese städtische Einrichtung.

Die Bewohner hatten Gelegenheit, Wünsche und Anregungen von der Wohnungsrenovierung bis hin zur Hausordnung vorzubringen.

Bürgermeister Brehl hat, im Anschluß an diese Besprechung, den zuständigen Stellen zwecks Prüfung der Sachlage Anweisung erteilt. Es soll unter anderem untersucht werden, ob die Post kurzfristig Telefonanschlüsse herstellen kann. Auch soll das Sozialamt

prüfen, bei welchen Bewohnern, gemäß der bestehenden Richtlinien, die vor einigen Jahren auf Initiative der DKP zustande kamen, Anschluß- und Grundgebühren von der Stadt übernommen werden können. Weiterhin wird geprüft, welche Bewohner die monatliche Vergünstigung von 8,- DM von der Post in Anspruch nehmen können. Bezüglich des Gemeinschaftsraumes hat der Bürgermeister ebenfalls die Bauverwaltung und das Bauamt um folgende Überprüfung gebeten:

„Ist es möglich, durch einen Anbau einen Gemeinschaftsraum anzugliedern? Ist es sinnvoll und technisch durchführbar, eine der größeren Wohnungen als Gemeinschaftsraum einzurichten? Welche Kosten entstehen, wie und wann ist ein Zuschuß zu erlangen?“

Auf die Anfrage der DKP: „Besteht die Absicht, die Dreizimmerwohnung im Altenwohnheim wieder an ein Ehepaar zu vermieten, das auch eine gewisse Betreuung der Bewohner übernehmen könnte“, gab Bernhard Brehl u.a. folgende Antwort:

„Sobald die Wohnung eventuell durch Umsetzungen im Altenwohnheim, wieder frei wird, habe ich die Absicht, eine geeignete Einzelperson oder Familie in diese Wohnung zu nehmen, damit dem Sicherheitsbedürfnis der Bewohner Rechnung getragen ist und andererseits eventuell gewisse Hausmeisterfunktionen erledigt werden können.“

Im Hinblick auf diese Aussagen des Bürgermeisters hoffen wir, daß die Wünsche der Bewohner des Altenwohnheimes bald realisiert werden.

### Antrag der DKP

Die Stadtverordneten werden gebeten, wie folgt zu beschließen:  
Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeit besteht, im Altenwohnheim Kelsterbacher Straße einen Gemeinschaftsraum mit abgeschlossener Teeküche einzurichten bzw. anzubauen.

### Begründung:

Von Bewohnern dieses Hauses wurde dieser Wunsch an uns herangetragen. Es wurde erklärt, daß ein solcher Raum für das Altenwohnheim und seine Mieter eine große Bereicherung bedeuten würde. Ein Gemeinschaftsraum könnte u.a. der besseren Kommunikation unter den Bewohnern und auch einer kulturellen Betreuung dieser älteren Bürger dienen. Auch hätten die Mieter die Möglichkeit, den Raum zu Familienfeiern zu benutzen, da ihre Wohnungen hierzu meist größtmäßig nicht ausreichen.

### Antrag der DKP

Die Stadtverordneten werden gebeten, wie folgt zu beschließen:  
Anlässlich der Kommunalwahl im März 1977 wird für Mörfelden, außer der Stadtverordnetenversammlung, zusätzlich ein Ortsbeirat gewählt. Die zuständigen Stellen in Walldorf werden aufgefordert, einen gleichlautenden Beschluß für Walldorf zu fassen.

### Begründung:

In Paragraph 81 der Hessischen Gemeindeordnung heißt es: „In den Gemeinden kann, um die Teilnahme der Bürger an der Verwaltung zu fördern, für Ortsteile die eine engere örtliche Gemeinschaft darstellen, durch Beschluß der Gemeindevertretung ein Ortsbeirat eingerichtet werden.“ Obwohl unsere Fraktion nach wie vor gegen die Fusion der beiden Städte Mörfelden und Walldorf eintritt, sind wir der Meinung, daß heute bereits Vorsorge getroffen werden muß, um den Bürgern von Mörfelden und Walldorf in Zukunft maximale Einflußmöglichkeiten auf die kommunalpolitische Arbeit zu sichern. Die Einrichtung von Ortsbeiräten bietet die Möglichkeit, spezielle Mörfelder bzw. Walldorfer Probleme besser an das zukünftige Stadtparlament heranzutragen.

### Kommt die seit Jahren von der DKP geforderte „Sozialfibel“?

In einer Mitteilung an die Stadtverordneten berichtet Bürgermeister Brehl von einem begrüßenswerten Bürgerforum über „unsere älteren Mitbürger“. Daraus geht unter anderem hervor, daß jährlich im Januar/Februar von der Stadt ein Informationsblatt für ältere Mitbürger herausgegeben werden soll. Hierzu sollen alle Aktivitäten und Einrichtungen der Stadt sowie anderer Sozialorganisationen bekanntgegeben werden.

Es sollen auch Informationen über die „Anlaufstellen“ der Sozialorganisatio-

Aus dem DKP-Kommunalwahlprogramm von 1972:

„Wir fordern die Herstellung und kostenlose Verteilung einer ‚Sozialfibel‘, die allen älteren Bürgern in Gesundheits-, Renten- und Rechtsfragen Auskunft gibt.“

nen, deren Aufgabenstellung und die Hilfemöglichkeiten der Stadt, wie Erholungsaufenthalte, Alten- und Pflegeplätze, gegeben werden. Diese „Sozialfibel“ ist eine alte Forderung der DKP und wir freuen uns, daß sie endlich Wirklichkeit wird.

## Hilfe für Arbeitslose und Jugendliche ohne Lehrstelle und Studienplatz

Auf unsere Anfrage zu diesem Thema teilt der Magistrat mit:

Vergünstigungen für bestimmte Personengruppen, also auch für arbeitslose Jugendliche, können und werden in Mörfelden in folgenden Einrichtungen bzw. bei Veranstaltungen gewährt:

1. Im Waldschwimmbad sind die Eintrittspreise um 50 Prozent ermäßigt.
2. Bei Theaterveranstaltungen und anderen eintrittspflichtigen Veranstaltungen der Stadt kostet eine Normalkarte 5,- DM, der ermäßigte Preis beträgt 3,- DM
3. Bei Konzerten kostet die Normalkarte 5,- DM, die ermäßigte Karte 3,- DM, Dauerkarten werden für den Kreis der Begünstigten für 10,- DM anstelle von 15,- DM abgegeben.
4. Bei der Volkshochschule werden die Kursgebühren um durchschnittlich 50 Prozent ermäßigt.

## Meßlatte Fusion

Die Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt!“ befaßte sich mit einer „gutachterlichen Stellungnahme“ über die Möglichkeiten einer Verfassungsklage gegen den Zwangszusammenschluß.

In einem juristischen Gutachten wird erklärt, daß nur eine Gemeinde oder Stadt Verfassungsklage erheben kann. Der Bürger selbst, eine Bürgerinitiative oder Partei, hat keine Möglichkeit, eine solche Klage zu führen. Die „Bürgerinitiative Mörfelden bleibt!“ sieht darin eine Beschneidung der Bürgerrechte. Obwohl eine überwiegende Mehrheit die Fusion ablehnt, gibt es keine juristische Möglichkeit, dagegen vorzugehen. Die Bürgerinitiative erklärt, daß sich auch bei vielen Stadtverordneten beim Herannahen des Zusammenlegungstermins Unmut breitmacht. In diesem Zusammenhang sei auch das späte Aufgehren Mörfelder Sozialdemokraten gegen die drohende Namensänderung zu sehen. Die Bürgerinitiative betonte erneut, wer die Fusion eingeleitet hat, der ist auch für alle Folgen verantwortlich.

Es wurde festgelegt, zur Kommunalwahl eine erneute Kampagne zu führen. Jeder Kandidat soll an der „Meßlatte“ Fusion gemessen werden, die Bevölkerung soll aufgefordert werden, nur solche Kandidaten zu wählen, die für die Selbständigkeit der Stadt und den Namen Mörfelden eintreten.



### „Politische Prügel“ sind notwendig

*Die SPD, die zu den Parteien gehört, die uns die Fusion eingebracht haben, befürchtet jetzt „politische Prügel“, weil die Herren in Wiesbaden von der gleichen Partei auf dem Namen „Waldfelden“ bestehen wollen.*

*Wir meinen dazu:*

- *Wer gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung die Fusion durchgedrückt hat, dem gehören „politische Prügel“.*
- *Wer die Fusion beschlossen hat, ist auch für alle Folgen verantwortlich zu machen.*

*Zu diesem Thema auch zwei Leserbriefe:*

### Hätte die SPD nichts für die Fusion gestimmt, dann brauchte sie heute nicht um den Namen Mörfelden fürchten

Es ist schon ein Kuriosum, was die Mörfelder SPD bietet. Sie ist selbst mehrheitlich für die Fusion mit Walldorf und will jetzt trotzdem als Held dastehen, da sie sieht, was sie sich und den Bürgern eingebracht hat. Da die Fusion bei der Bevölkerung keinen positiven Widerhall findet und die Kommunalwahlen ihr Angst machen. So kämpft sie gegen die Namenswillkür, obwohl dieser Punkt eigentlich zweitrangig ist, gegenüber den negativen Folgen, die mit der Fusion auf uns zukommen. Einen verzweifelten Bittstellerbrief hat die Mörfelder SPD-Führung in Richtung Wiesbaden an ihre Genossen im Landtag gerichtet. Es muß schon demütigend sein, wenn man solches unter Parteigenossen tun muß, noch demütigender aber ist es, wenn man „relativ hochnäsiger“ abgetan wird. Selbst unser Direktkandidat Dr. Lang hat in Wiesbaden für die Namensgebung „Waldfelden“ gestimmt. Er hat sein Gesicht aber trotzdem gewahrt, denn im Kreistag ist er dagegen gewesen. Bei diesem Hochmut in Wiesbaden und diesem Held-Spielen in Mörfelder SPD-Reihen kann man nur ironisch reagieren. Dabei wäre das Dilemma abwendbar gewesen. Andere Orte, z.B. Sulzbach/Taunus, haben es bewiesen, daß eine Mehrheitsfraktion mit allen Mitteln und Konsequenzen kämpfend, eine Fusion verhindern kann. Man kann mit Recht sagen: Hätten die Mörfelder Sozialdemokraten gewollt, gäbe es keine Fusion und kein „Waldfelden“.

R.D., Schumannstraße 3

## Held spielen – nachdem „das Kind in den Brunnen gefallen“ ist!

Mit Recht befürchten SPD-Ortsbezirksvorsitzender G. Arndt und Fraktionschef E. Thomas, daß ihnen die Bürger dieser Stadt eine Quittung erteilen werden. Denn Tatsache ist doch die, wie auch in dem Schreiben an die SPD-Landtagsfraktion festgestellt wurde, daß die Bürger Mörfeldens mit großer Mehrheit für die Beibehaltung des Namens votiert haben. Daß es bei diesem Votum sicherlich nicht nur um die Frage des Namens ging, sondern um die Fusion als solche, beweist doch die Unterschriftenaktion der Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt“.

War die Haltung der SPD in Fragen Fusion schon insgesamt ein Trauerspiel, so stellt dieser Brief an die Landtagsfraktion einen Gipfelpunkt dar. Statt einer konsequenten Haltung in der Namensfrage zumindest, folgt ein Bittgang nach Wiesbaden. Ein Verhalten entsprechend dem Willen der Mehrheit unserer Stadt hätte dieses „Bitten“ erspart, zumal, wie man so schön sagt, das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist.

Die Richtschnur des Handelns sollte doch auch für die Mehrheitsfraktion der erklärte Wille der Bevölkerung sein. Die nachhaltige Wirkung der Bürgerinitiative manifestiert doch ebenfalls jenen Bürgerwillen. Wenn in diesem Zusammenhang der Bürgerwille mit „aufgeweckten Emotionen“ abgetan wird, wirft dies ein bezeichnendes Licht auf die Haltung der SPD.

Oder sind etwa die Argumente wie die der Bürgerinitiative

- größerer und teurerer Verwaltungsapparat
- daß die Namensänderung große Probleme und Kosten mit sich bringt

unsachlich und war ihnen vielleicht deshalb die Bevölkerung zugänglich? Gerade weil sie es nicht waren, war und ist man ihnen zugänglich. Nicht die „Emotion“ und auch nicht die „Unsachlichkeit“ zwingen die SPD zur Angst, sondern die Einsicht, eindeutig einen Fehler begangen zu haben. Somit muß man Angst haben vor der Quittung und stellt sich eindeutig in „Affront zum Bürger“.

P.M., Richard-Wagner-Straße 15

*... Schreib mit!*

*Sicher haben Sie schon bei manchem Problem gedacht, „... das müßte in den ‚blickpunkt‘“ – und dann ging es doch wieder vergessen.*

*Das muß nicht sein. Schreiben Sie uns, wenn Sie Vorschläge machen wollen, schreiben Sie uns, wenn Sie wollen, daß „Ihr“ Problem an die Öffentlichkeit soll. Wir drucken Ihre Hinweise ab – mit Namen oder ohne Namen – ganz, wie Sie es wünschen.*

# Mauschelpolitik

Wie schon im „blickpunkt“ Nr. 68 berichtet, werden am 1. Januar 1977 die beiden Stadtparlamente von Walldorf und Mörfelden wegen der Zwangsfusion der beiden Städte aufgelöst.

Von diesem Tage an bis zur Zusammenkunft eines am 20. März 1977 neu zu wählenden Parlaments und bis zur Neukonstituierung eines neuen Magistrats mit Bürgermeister und seinem, alsdann hauptamtlichen, Stellvertreter, treten dann vom Regierungspräsidenten bestimmte Staatsbeauftragte an die Stelle der gewählten Organe. Die Größe des Übergangs-Stadtparlaments, ebenso die Anzahl der Magistratsmitglieder, legen noch die beiden jetzigen Stadtverordnetenversammlungen fest.

Hierbei ist allerdings die Höchstzahl von 45 Stadtverordneten von Wiesbaden per Gesetz vorgeschrieben (die Größe des künftigen Parlaments der fusionierten Stadt).

Die DKP-Fraktion vertrat von Anfang an den Standpunkt, daß sie grundsätzlich gegen die Fusion eintritt, daß andererseits aber das Weiterbestehen der gewählten städtischen Organe bis zur Neuwahl die demokratischste Lösung sei.

In Walldorf und in Mörfelden suchte man in Sitzungen der SPD, CDU und FDP hinter verschlossenen Türen nach einem Weg, wie man die DKP-Fraktion „vom Fenster weg“ bekommen könne. Hauptsächlich die Walldorfer Parteien, die sich noch nicht an gewählte Kommunisten im Parlament gewöhnen konn-

ten, traten dafür ein, das Stadtparlament möglichst klein (24 Beauftragte) und den Magistrat möglichst groß zu halten.

Zur Zeit hat der Walldorfer Magistrat fünf und der Mörfelder sechs Mitglieder. Die Mörfelder Parteien traten anfangs für das 45er Modell ein.

Inzwischen ist bekannt geworden, daß diese sich jedoch dem Druck aus Walldorf beugten. Mittlerweile soll Einigkeit bei SPD, CDU und FDP bestehen für die Zahl 24 bei den Stadtverordneten und elf bei den Magistratsmitgliedern. Diese „Einstimmigkeit“ soll sich die SPD erkaufen haben mit einem Magistratsitz an die FDP. Erinnern muß man in diesem Zusammenhang daran, daß die Mörfelder SPD diesen einen Magistratsitz 1972 durch die Stimmen der DKP erhielt. Heute, nach vier Jahren, spielt dieses jedoch keine Rolle mehr bei den Sozialdemokraten. Michael Denk von der DKP-Fraktion sagte angesichts solcher Mauschelpolitik zu einigen Mörfelder SPD-Stadtverordneten: „Ihr habt den durch uns erhaltenen Stadtrat an die FDP verschaukelt.“ Wenn man schon für den Magistrat die große Lösung wählt, dann wäre es schon das einzig Richtige gewesen, alle Parteien, also auch die DKP, in den Magistrat hineinzunehmen.

Erklärtes Ziel war es aber von vorneherein, ein Gremium zu schaffen, in dem SPD, CDU und FDP unter sich sind und die Weichen für weitere Belastungen der Bevölkerung ohne die

Aufpasser der DKP gestellt werden können.

Die DKP in Mörfelden und Walldorf wird ihnen, wie auch in der Vergangenheit bereits immer wieder geschehen, diese Suppe gehörig versalzen. Wir werden die Bevölkerung jedenfalls rechtzeitig über alle Vorgänge unterrichten.

H/H

*Kennen Sie schon die UZ*

**UZ**  
Unsere Zeit  
Zeitung der DKP

Probexemplare zu bestellen:

UZ-Redaktion

6 Frankfurt/Main

Cronstettenstr. 18



Seit 55 Jahren besteht in Mörfelden eine Ortsgruppe der Naturfreunde und seit 25 Jahren gibt es das „Waldheim“ im Oberwald. Guter Grund für eine Festveranstaltung im Bürgerhaus mit einem unterhaltsamen Programm. Unsere Fotos: Verdiente Mitglieder werden geehrt — Stadtverordneter Dötsch überbringt die Grüße der DKP.

# Gedanken nach der Bürgerversammlung

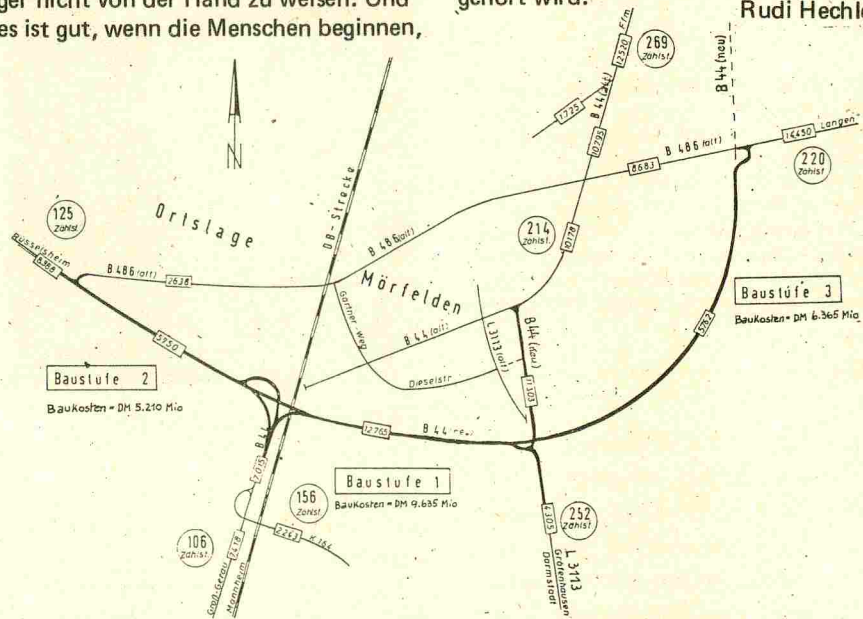
Im Bürgerhaus fand eine Bürgerversammlung zu Verkehrsfragen statt. Der gute Besuch zeigte, daß man viel öfter solche Versammlungen zu kommunalen Detailfragen machen sollte. Die lärmgeplagten Anlieger der Westendstraße und des Gärtnerweges sagten an diesem Abend den politisch Verantwortlichen klar und deutlich ihre Meinung. Man hörte, daß die Verkehrsbelästigung unerträglich gewachsen ist. Lärm, Staub und Abgase dringen in die Häuser. Manche Wohnhäuser sind z.T. nicht mehr zu nutzen. Die Anlieger sind empört, daß seit Jahren zwar von einer Umgehungsstraße gesprochen wird, aber nichts geschieht, weil angeblich „das Geld fehle“. Das „fehlende Geld“ wurde auf der Versammlung gleich mehrmals angesprochen. So weiß der anwesende Baurat vom Straßenbauamt nicht, ob überhaupt Geld für den geplanten Endausbau der Umgehungsstraße kommen wird („ob Geld da ist, entscheidet der Bundestag“). Die Polizei erklärt, sie könne die verkehrswidrig durch die Westendstraße fahrenden Laster nicht erfassen, weil Geld für Kameras und zusätzliche Beamte fehlen würde. Diese Meinung muß man entschieden zurückweisen. Geld ist natürlich da, es wird nur falsch ausgegeben. Und selbst, wenn es einige nicht hören wollen, muß man sagen, die geplante Umgehungsstraße kostet mit 16 Millionen DM noch nicht ein-

mal soviel wie ein neues MRCA-Kampflugzeug, das pro Stück mit 82 Millionen zu Buche schlägt, und von dem Leber 322 Stück kriegen soll. Ein weiterer Punkt, der angesprochen wurde, waren die Waldverluste, die bei der neuen Trassenführung entstehen. Wenn es auch richtig ist, daß die vom Verkehr bedrohten Menschen den Vorrang haben, so ist doch die Besorgnis vieler Bürger nicht von der Hand zu weisen. Und es ist gut, wenn die Menschen beginnen,

um ihre Landschaft zu kämpfen. Die Plener sollten jedenfalls eine Trasse wählen, die am wenigsten die Landschaft zerstört. Dabei muß sich das Prinzip durchsetzen: Für jeden Baum der gefällt werden muß, wird ein neuer gepflanzt.

Die Bürgerversammlung machte diesmal vielen klar, daß sich „oben“ nur dann etwas ändert, wenn „unten“ Druck gemacht wird. Der Auftrag der Versammlung an die politisch Verantwortlichen lautete deshalb auch, alles zu tun, damit Geld für den Ausbau unserer Straßen bereitgestellt wird. Man muß in Mörfelden laut werden, damit man in Bonn gehört wird.

Rudi Hechler



*In drei Baustufen soll die Südumgebung Mörfelden gebaut werden. Dabei wird es zu schlimmen Eingriffen in unsere Erholungslandschaft kommen. Hoffen wir, daß die Verantwortlichen allmählich begreifen, daß es falsch ist, immer mehr Menschen in unserem Ballungsgebiet anzusiedeln. Denn mehr Menschen bedeutet auch wachsender Verkehr.*

## Damit könnten 5000 Lehrer 12 Jahre entlohnt werden

Der Skandal ist perfekt. Der Wirtschafts- und der Finanzminister werfen den Flick-Erben ein Steuergeschenk von 1,2 Milliarden Mark in den Hals. Ausgerechnet zum selben Zeitpunkt, an dem der Sozialbeirat der Regierung über einem umfangreichen Rotstiftprogramm brütet, worin unseren Rentnern ein „Rentenopfer“ im Umfang von schätzungsweise zehn Milliarden Mark jährlich auferlegt werden soll.

Damit ist bestätigt, was die DKP-Zeitung „UZ“ bereits am 7. Februar 1975 geschrieben hatte: „1,2 Milliarden DM sind den Flick-Erben als Steuergeschenk sicher.“ Noch im Dezember 1975 hatte das Bundesfinanzministerium in einer Presseinformation beteuert, es werde „keine steuerlichen Zugeständnisse“ bei der Riesentransaktion der Flick-Erben machen. Jetzt haben Finanzminister Apel (SPD) und Wirtschaftsminister Friderichs (FDP) das Geschenk perfekt gemacht.

Überraschend hatte der Flick-Konzern im Januar 1975 sein Daimler-Benz-Aktienpaket für zwei Milliarden Mark an die Deutsche Bank verschertelt. Und dabei über den Buchwert hinaus 1,8 Milliarden Mark erzielt. Davon hätten nach den Steuervorschriften 1,2 Milliarden Mark Steuern gezahlt werden müssen. Hätten! Werden aber nicht. Die Zusage der „Wiederanlage“ des Geldes genügt den Ministern Apel und Friderichs. Die Flick-Erben erhalten 1,2 Milliarden Mark Steuern geschenkt.

- 1,2 Milliarden für Flick. Das entspricht genau der zusätzlichen Steuerbelastung, die wir Verbraucher mit der ab 1. Januar nächsten Jahres in Kraft tretenden Erhöhung der Tabak- und der Branntweinsteuer aufgeladen bekommen.
- 1,2 Milliarden für Flick, das ist fünfzehnmal der gesamte Bundesjugendplan mit seinen kümmerlichen 80 Millionen.
- 1,2 Milliarden für Flick. Das ist zwölfmal die Summe von 100 Millionen Mark, die nach einer Rechnung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft erforderlich wäre, um 5.000 arbeitslose Lehrer ein Jahr lang zu bezahlen.

Das Steuergeschenk an die Flick-Erben muß rückgängig gemacht werden! Dafür kann z.B. die Erhöhung der Tabak- und Branntweinsteuer ab 1. Januar ersatzlos wegfallen, ohne daß im Steuertopf ein Ausfall entsteht. Das würde der Forderung entsprechen, die die DKP seit langem gestellt hat: Mehr Steuern von den Großen, weniger von den Kleinen.

## Das Allerletzte

Mörfeldens Wasserturm bleibt erhalten.  
Wieder einmal: Danke, SPD!

Diese lustige Bildunterschrift fanden wir im SPD-Blättchen „Kontakt“. Wissen muß man, daß es gerade bei der SPD eine Reihe von Leuten gab, die den Turm abreißen wollten.

Daß der Turm jetzt zunächst äußerlich renoviert wurde, ist einer DKP-Initiative im Stadtparlament vom 10.9.1975 zu verdanken.

Richtig müßte es also heißen:  
„Mörfeldens Wasserturm bleibt erhalten.  
Dank DKP.“



Die Mörfelder CDU schlägt jetzt allen Ernstes vor, die fusionierte Stadt „Mörfelden“ zu nennen und halt den Namen „Walldorf“ verschwinden zu lassen. Während die Walldorfer CDU voll auf Fusionskurs ist, wollen sich also die Mörfelder „Schwarzen“ vor der Kommunalwahl noch ein wenig am Antifusions-Feuer die Hände wärmen. Erstaunlich, auf welch verrückte Ideen die Brüder beim „Wahlfang“ kommen.

Es ist mit Unkosten verbunden, eine solche Zeitung herauszubringen. Sie können über den Herausgeber, die Verteiler oder jedes Ihnen bekannte Mitglied der DKP einen finanziellen Beitrag dazu leisten.



### Nach der Wahl waren sie alle verschwunden

*Vor Wahlen findet man alle Parteien auf dem Rathausplatz. Acht Tage danach war nur noch die DKP vertreten. Jeden Samstag steht die DKP und ihre Stadtverordneten auf dem Mörfelder Rathausplatz. Hier nehmen wir gern die Anregungen aus der Bevölkerung für den „blickpunkt“ und für kommunale Initiativen entgegen. Hier gibt es die „UZ“ und das Buch „Die Stadtfarbe ist rot!“*



### Noch ist es vorrätig!

Vom „Mörfelder Buch“ ist mittlerweile das meiste verkauft. Aber es scheint so, daß in den letzten Monaten dieses Jahres alle Bücher an den Mann gebracht werden. Denn bald ist Weihnachten — und das Buch ist ein schönes Geschenk für die Jugend, die Neubürger und für die älteren Menschen, die sich an vieles noch selbst erinnern können. Und ganz sicher freuen sich auch die „Mörfelder“ darüber, die nicht mehr in dieser Stadt wohnen.

Erhältlich ist das Buch bei der Druckerei Scholl & Klug, Heinrichstraße 7, Tel.: 35 60; der „Mörfelder Bücherstube“, Langer Straße 9; der Buchhandlung Arndt, Bahnhofstraße; den Mörfelder Stadtverordneten der DKP: Michael Denk, Gartenstraße 15, Tel.: 14 55; Heinz Hechler, Ellenbogenstraße 8, Tel.: 33 35; Rudolf Dötsch, Schumannstraße 3, Tel.: 31 66; Artur Siegel, Kalbsgasse 9, Tel.: 1447 und bei allen Mitgliedern der DKP in Mörfelden.

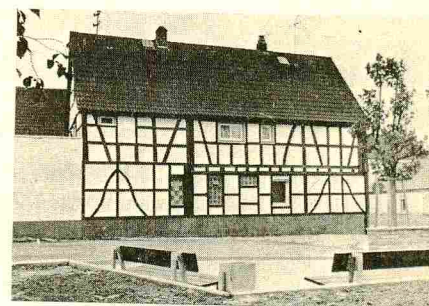
## KLASSISCHE MUSIK

für wen?

Diskussion mit:  
Dietrich Boeke, Komponist  
Christiane Conradt, Cellistin

Mittwoch, 10. November 1976, 20 Uhr  
Bürgerhaus Mörfelden, Kleiner Saal

Frauenarbeitskreis der DKP-Mörfelden



*In der Mörfelder Innenstadt wurde vor kurzem ein weiteres Fachwerkhäus neu hergerichtet. Parallel zu den Umgestaltungsarbeiten an der Außenanlage der evangelischen Kirche wurde die Fachwerkfassade am Haus in der Langgasse 27 renoviert und im Erdgeschoß des Gebäudes durch ein Verblendfachwerk — also neu aufgesetzte Holzbalken — verschönert.  
Ein schönes Haus — ein gutes Beispiel.*